

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 14. Juni 2018. Der Antrag der Tier-schutzpartei/Freie Wähler (TP/FW), die Tagesordnung um einen Punkt zur Diskussion über die Open-air-Veranstaltungsfläche zu erweitern, wurde abgelehnt.

Anfragen

Aufgrund von Anfragen der CDU zu den **0-Euro-Scheinen** erläuterte die Verwaltung, dass Düsseldorf Tourismus 0-Euro-Scheine anlässlich des Grand Départ der Tour de France und des diesjährigen Japan-Festes sowie im Herbst 2017 mit den Sehenswürdigkeiten Gehry-Bauten und Rheinturm verkauft hat. Der Erlös betrug rd. 42.200 Euro. 12 Scheine mit besonderen Seriennummern wurden versteigert. Dieser Erlös in Höhe von 2000 Euro wurde dem Kinderhilfezentrum, an dem die Tour de France zweimal vorbeiführte, für die Mountain-Bike-Gruppe zur Verfügung gestellt. Die 0-Euro-Scheine sind bei Touristen und Sammlern sehr beliebt, haben einen hohen Wert und erreichen Kultstatus. Pro Käufer werden je nach Auflage maximal 5 bis 10 Scheine verkauft.

Aufgrund einer Anfrage von TP/FW erläuterte die Verwaltung, dass im Rahmen des **Brandschutz- und Rettungskonzeptes** regelmäßige Übungen im Hinblick auf Schadensereignisse auf Schienen und insbesondere U-Bahnen stattfinden, und zwar zusammen mit der Rheinbahn an jährlich wechselnden Bahnhöfen und Streckenabschnitten. Feuerwehrleute sind geschult, um Erdungen von Oberleitungen der Deutschen Bahn durchzuführen, auch ohne das Notfallmanagement der Bahn. Außerdem sind Feuerwehrleute in Bezug auf technische Hilfeleistungen an Loks und Gefahrgutaustritte aus Kesselwagen geschult.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zu den Auswirkungen des **Freihandelsabkommens zwischen der EU und Japan** teilte die Verwaltung mit, dass Stadt und Region Düsseldorf der Wirtschaftsstandort Nr. 1 für japanische Unternehmen in Kontinental-Europa sind. Fast die Hälfte der japanischen Direktinvestitionen in Deutschland gehen nach NRW, mehr als 60 % nach Düsseldorf. 23 Unternehmen lassen sich jährlich neu in Düsseldorf nieder. Aktuell sind 405 japanische Unternehmen in Düsseldorf angesiedelt. Durch das Freihandelsabkommen könnten die Exporte in die EU um 55-162 % zulegen. In Bezug auf die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen insbesondere für die Wasserversorgung und -Entsorgung sieht der Stadtentwässerungsbetrieb keine konkreten operativen Risiken aus dem noch nicht abschließend verhandelten Japan-European Free Trade Agreement (JEFTA), aber die Möglichkeit von Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft. Die Verhandlungen finden auf EU-Ebene statt. Die Stadtwerke gehen davon aus, dass der Konzessionsvertrag die leitungsgebundene Wasserversorgung bis 31.12.2034 sicherstellt.

Aufgrund einer Anfrage der Linken zu **Ermäßigungen für Studierende** in städtischen Einrichtungen teilte die Verwaltung mit, dass über die Internetseiten der Kulturinstitute und Sporteinrichtungen Reduzierungen abgefragt werden können. Lediglich für Führungen durch Parks und über Friedhöfe gibt es keine Ermäßigung, da die Teilnehmergebühr nur 2,50 Euro beträgt.

Die Linken fragten nach den Gebühren für die **Ausnahmegenehmigungen zum Parken für Hebammen**. Die Verwaltung teilte mit, dass 8 Ausnahmegenehmigungen erteilt und jährlich durchschnittlich 1.285 Euro vereinnahmt wurden.

Aufgrund einer Anfrage des Republikaners zu **Cyberangriffen auf die Verwaltung**

wurde mitgeteilt, dass gezielte Angriffe nicht bekannt sind. Auf die aktuelle Bedrohungslage wurde reagiert. In IT-Sicherheit wurden 2,8 Mio Euro investiert, weitere 0,25 Mio Euro sind für Investitionen in Endgeräte vorgesehen.

Bericht aus der Kleinen Kommission RRX

Hinsichtlich des Ratsbeschlusses von 22.3. für den Bereich Angermund greift die Deutsche Bahn (DB) die Zielmarke für den Lärmschutz von 90 % zu lösender Schutzfälle auf, spricht eine Wanderhöhung auf 5 Meter an und sagt zu, weitere Optimierungspotenziale überprüfen zu lassen. Es wird ein Gestaltungswettbewerb zusammen mit der Stadt vorbereitet. Ziel ist, für markante Ortslagen eine entsprechende Einpassung in das Stadtbild zu erreichen, soweit dies im Rahmen der Finanzierungsbedingungen des Bundes möglich ist. Die Aufweitung des Bahnsteigzuganges wird als einseitiges Verlangen der Stadt zugesichert. Aus Sicht der Verwaltung und der Kleinen Kommission sind diese Hinweise nicht ausreichend. Hinsichtlich der Finanzierung der über die DB-Standards hinausgehenden Anforderungen wird erwartet, dass die Deutsche Bahn von sich aus Gespräche zur auskömmlichen Finanzierung mit den Ministerien einleitet, insbesondere zur Gestaltung der Lärmschutzwände und der Personenunterführungen einschl. der S-Bahn-Station. Weiterhin wurde die Aufweitung der Personenunterführung auf eine Breite von 6 Metern mit einer Lichtöffnung der Unterführung im Bereich des Bahnsteigs und einer verbesserten Anordnung der Zugangsrampen erläutert und diskutiert. Die Planungen für die Personenunterführung an den Kämpen und eine direkte Fußweganbindung des Bilkrather Weges unterhalb der Straßenbrücke Angermunder Straße an den S-Bahnhof wurden erörtert. Nach den Sommerferien wird die Verwaltung entsprechende Beschlussvorlagen einbringen.

Hinsichtlich des Abschnittes Reisholz-Wehrhahn fand die öffentliche Planauslegung Ende 2017 statt, der Erörterungstermin bei der Bezirksregierung soll im 2. Halbjahr 2018 stattfinden.

Im Bereich Hellerhof-Reisholz hat die DB vier Varianten für das Kreuzungsbauwerk Reisholz erarbeitet. Eine Bewertungsmatrix soll im Herbst öffentlich vorgestellt werden. Zum Neubau der Eisenbahnbrücke Henkelstraße muss die Stadt in Kürze entscheiden, ob sie ein einseitiges Verlangen zur Erhöhung der lichten Höhe von heute 4,20 m auf 4,50 m heutige Standardhöhe verlangt. Es besteht Einvernehmen in der Kommission, dass eine Erhöhung bezüglich der Lenkung von Schwerverkehren negativ sei, es soll aber noch die IHK in diese Entscheidung einbezogen werden. Die Stadt hat eine Machbarkeitsstudie zum Umfeld Bahnhof Benrath vergeben, die Ergebnisse sollen in die Vorplanung der DB einfließen. Die Kommission hat gebeten, die Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zu den städtebaulichen und verkehrlichen Plänen im Bereich Hildener/Tellingstraße hierbei zu berücksichtigen.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Bauarbeiten an der Offenlegung der Düssel gehen planmäßig voran. Die Einfassungsmauer entlang des südlichen Ufers ist fertiggestellt, die Brücke am oberen Uferweg soll im September fertig werden. Die Arbeiten an den Straßenbahnschienen am Joachim-Erwin-Platz werden bis Ende Oktober abgeschlossen. Am Kö-Bogen II ist die Bodenplatte hergestellt. Hinsichtlich der Außengastronomie am Martin-Luther-Platz wurde eine neue Möblierung präsentiert und die Zahl der vorgesehenen Sitzplätze deutlich begrenzt. Es wird geprüft, ob die Geschwindigkeit der Straßenbahn im Bereich Hofgarten reduziert werden kann. Die Zugangsanlagen zum Betriebsgebäude werden unter einer Sandsteinplatte untergebracht und so optisch aus dem öffentlichen Raum „verschwinden“. Mit dem gleichen Effekt wird die Klimatechnik in Bänke integriert.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag der CDU, unbesetzte Stellen bei der **Clara-Schumann-Musikschule** wieder zu besetzen, ein Konzept für einen Personalverteilungsplan vorzulegen und zusätzlichen Raumbedarf zu decken, wurde von SPD, FDP BÜ 90 abgelehnt. Stattdessen beauftragte der Rat auf Antrag von SPD, BÜ 90 und FDP gegen CDU und Linke die Verwaltung, dem Schulausschuss nach der Sommerpause ein **Entwicklungskonzept für die Clara-Schumann-Musikschule** vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte umfasst: Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Akteuren der musikalischen Bildung, um alternative Angebote zum Erlernen eines Instrument zu schaffen oder bestehende Angebote aufzuzeigen, Klärung, welche Kinder und Jugendlichen auf die Angebote angewiesen sind und wie der Zugang dieser Zielgruppen künftig zu organisieren ist, wobei junge Menschen mit herausragender musikalischer Begabung und aus finanziell schwachen Elternhäusern besonders gefördert werden sollen, Einbindung des Instrumentalunterrichts in den offenen Ganzttag, Findung und Nutzung von Synergien mit anderen städtischen Verwaltungen in Bezug auf Warteliste und Anmeldeverfahren sowie Überprüfung der Warteliste im halbjährlichen Rhythmus, Darstellung der im Prozess Verwaltung 2020 verabredeten organisatorischen Maßnahmen.

Einstimmig beauftragte der Rat auf Antrag von CDU, SPD, BÜ 90, FDP die Verwaltung und die **Mahn- und Gedenkstätte**, ein Konzept zu erarbeiten, wie ein Großteil der Klassen und Kurse an den weiterführenden Schulen für Besuche und Workshops in der Mahn- und Gedenkstätte erreicht werden kann und in welcher Höhe der Zuschuss an den Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte e.V. zur Umsetzung des Konzeptes erhöht werden muss.

Auf Antrag von SPD, BÜ90 und FDP erklärte der Rat, im Rahmen des von EU-Migrations- und Innenkommissar Avramopoulos und Bundesinnenminister Seehofer angekündigten Resettlement-Programms zur **Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten**, die auf legalem Wege direkt aus den Flüchtlingslagern einreisen können, über die Quote hinaus 200 Flüchtlinge aufzunehmen. Die Quote sieht die Aufnahme von 60 Flüchtlingen auf. Die Linken stimmte diesem Antrag zu.

Der Antrag der CDU sicherzustellen, dass die „**Projektgruppe Sanierung Kulturgebäude**“ auf der Grundlage der beauftragten Gebäudeanalyse die Handlungsbedarfe berät und die einzelnen Maßnahmen priorisiert und dem Rat am 12.7. vorlegt, wurde von SPD, FDP, BÜ 90 und Linksfraktion abgelehnt, weil der entsprechenden Projektgruppe des Kulturausschusses die Gründe für Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Instandsetzungsbedarfs einzelner Gebäuden bereits mitgeteilt wurden.

Der Antrag der CDU, in Zusammenarbeit mit der Rheinbahn und der Deutschen Bahn ein Konzept für den **Ausbau des Park & Ride-Angebots** in Düsseldorf und der Region zu erarbeiten, wurde von SPD, FDP, BÜ 90 abgelehnt, weil die entsprechenden Planungen bereits laufen.

Der Rat beauftragte die Verwaltung aufgrund eines Antrags von CDU, FDP, BÜ 90, FDP, das genehmigte Bauvorhaben **Am Trippelsberg 100** bzw. die dort geplante Nutzung bei der Erstellung eines teilräumlichen Verkehrsgutachtens/-Konzepts zu berücksichtigen und zeitnah vorzulegen sowie die eingeleiteten Bauleitplanungen unter Berücksichtigung der Verkehrsbelastung fortzuführen (gegen Linke).

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss einstimmig eine Änderung der **Wettbürosteuersatzung** aufgrund

gerichtlicher Vorgaben. Bemessungsgrundlage ist nicht mehr die Veranstaltungsfläche sondern der Brutto-Wetteinsatz, der Steuersatz wird dem folgend auf je angefangenen Kalendermonat 3 Prozent des Bruttowetteinsatzes festgesetzt (bisher 250 Euro je angefangener 20 qm). Bis zum 10. Tag des Folgemonats müssen die Wetteinsätze der Stadt gemeldet werden.

Der Rat beschloss mit 46 Stimmen aus CDU, SPD und FDP die **Freigabe eines verkaufsoffenen Sonntagnachmittags** am 1.7. in Teilen von Bilk, Unterbilk und Friedrichstadt anlässlich des Stadtteilstestes „Bilk ist auf der Rolle“ und des „Floraparkfestes“.

Der Rat leitete den **Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2017** an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weiter. Er schließt mit einem Jahresergebnis in Höhe von 247 Mio. Euro ab, das nun wieder zur Auffüllung der Ausgleichsrücklage verwendet wird. Als Besonderheit wird u.a. erwähnt, dass die im Rahmen des Projektes „Grand Départ der Tour de France“ entstandenen Mehrkosten in Höhe von 2,9 Mio. Euro nicht vom Rat genehmigt wurden. Aufgrund der Rechtsansprüche Dritter mussten die Rechnungen bezahlt werden. Etwa 200 Mio. Euro des Überschusses resultieren aus der Übertragung des Kanalvermögens an den Stadtentwässerungsbetrieb. Hierdurch und durch selbst erwirtschaftete Mittel sind Investitionen möglich und auch nötig, um den Sanierungsstau an den städtischen Immobilien und Brücken abzarbeiten.

Der Rat nahm eine **Übersicht über die übertragenen Ermächtigungen** von 2017 nach 2018 zur Kenntnis. Hierdurch verändert sich der Haushaltsansatz in 2018 in der Ergebnisrechnung von einem Überschuss in Höhe von 1,4 Mio. Euro in eine Unterdeckung in Höhe von 53 Mio. Euro. Ob dies so eintritt, hängt von der Inanspruchnahme der Mittel und der Übertragung von Ermächtigungen von 2018 nach 2019 ab.

Der Rat nahm den **Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der finanziellen Abwicklung des Grand Départ** zur Kenntnis. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat am 24.4. den Bericht beraten. Im Bereich VIP-Hospitality entstand statt eines Überschusses von 0,7 Mio unter Einbeziehung gesonderter Projekterträge eine Unterdeckung von 1,19 Mio. Euro. Als Hauptursache wird die zu hohe Einnahmeerwartung bei der Vermarktung der Hospitality-Plätze benannt. Hinsichtlich der Budgetkontrolle wird festgestellt, dass durch die uneinheitliche Datenbasis ein frühzeitiges Erkennen von Budgetabweichungen nicht möglich war. Bei einem systematischen Finanzcontrolling mit einem Risikomanagement hätte ein Antrag auf Bereitstellung überplanmäßiger Mittel rechtzeitig gestellt werden können. Zur Einbeziehung mehrjähriger Sponsoringträge stellte das Rechnungsprüfungsamt klar, dass dies nach dem Budgetierungskonzept zulässig ist. Ein Verstoß gegen Buchhaltungsregeln wurde nicht festgestellt.

Personalien

Der Rat wählte einstimmig

- die Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss. Für die SPD sind dort Mitglied Matthias Herz, Helga Leibauer und Joannis Vatalis, Stellvertreter sind Jürgen Bohrmann, Cornelia Mohrs und Angelika Wien-Mroß;
- als Schiedsfrau für den Bezirk Reisholz, Benrath, Urdenbach, Hassels Frau Brigitte Muir;
- Mathias Meis in das Kuratorium der ZERO-Foundation (anstelle von Clara Gerlach) und in die Kunstkommission (anstelle von Karin Trepke),
- Bergit Fleckner-Olbermann anstelle von Katja Goldberg-Hammon in die Düsseldorf-

- fer Gesundheitskonferenz;
- Rosalia Suciú Sibiani in den Vorstand der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft.

Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung, für folgendes Projekt die Planung fortzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen:

- **Umbau Hildener Straße** zwischen Einsiedelstraße und Am Buchholzer Busch. Nach Fertigstellung der laufenden Kanalbauarbeiten soll der Straßenraum neu strukturiert werden. An den Einmündungen von Einsiedel- und Schimmelpfenningstraße wird die Fahrbahn aufgeweitet, Bushaltestellen werden barrierefrei ausgebaut, beidseitig Radfahrstreifen angelegt. Die signalisierte Einmündung der Straße Am Buchholzer Busch wird als Kreisverkehr ausgebaut, die Ampel zurückgebaut. Signalgeregelte Querungsstellen für den Fußverkehr werden optimiert. Es müssen 12 Bäume gefällt werden, 14 Bäume werden neu gepflanzt. Voraussichtliche Gesamtkosten 3,1 Mio. Euro als Kostenschätzung mit einer Unsicherheit von 30 %. Für Teilmaßnahmen können Anliegerbeiträge erhoben werden. Mit dem Umbau soll nach Erteilung des Zuwendungsbescheides für beantragte Zuschüsse zur Förderung des kommunalen Straßenbaus 2019 begonnen werden.

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung folgender Projekte

- **Erschließung des Wohngebietes „Am Scheitenwege Süd“** in Himmelgeist mit Gesamtkosten in Höhe von 1,77 Mio. Euro und stellte überplanmäßige Mittel in Höhe von 0,36 Mio Euro bereit. Es wird mit Anliegerbeiträgen in Höhe von 1,1 Mio. Euro gerechnet. Baubeginn im September 2018, Bauzeit für die Baustraßen 6 Monate, Endausbau abhängig von der privaten Hochbebauung;
- **Errichtung der Jugendfreizeiteinrichtung Theodor-Litt-Straße 1** mit Gesamtkosten in Höhe von 3,27 Mio. Euro als Ersatz für die Jugendfreizeiteinrichtung Lüderitzstraße. Der Neubau mit 500 qm Nutzfläche wird nord-östlich des Erweiterungsbaus des Gymnasiums Koblenzer Straße errichtet. Er beinhaltet einen Gruppenraum mit Pantry-Küche und einen Fitnessbereich mit Bewegungsraum. Das Angebot richtet sich an 10- bis 20-Jährige. Es werden Fördermittel aus dem Programm Soziale Stadt und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Höhe von bis zu 2,6 Mio. Euro erwartet. Die Immobilien Projekt Management GmbH wird die Maßnahme abwickeln, Baubeginn im 1. Quartal 2019, Fertigstellung im 1. Quartal 2020.

Hinsichtlich der in Ausführung befindlichen **Nachrüstung des Blindenleitsystem und der brandschutztechnischen Ertüchtigung des U-Bahnhofes Hauptbahnhof** beschloss der Rat einstimmig eine Änderung des Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses vom 9.2.2017. Aufgrund von Kostensteigerungen durch Verdoppelung der Materialstärken an den Deckenkonstruktionen und nachträgliche Auflagen der Feuerwehr erhöhen sich die Kosten um 3,8 Mio. Euro auf 18 Mio. Euro. Der Rat stellte überplanmäßige Mittel in Höhe von 3 Mio. Euro bereit.

Planungsrecht

Der Rat beschloss

- den **Bebauungsplan Grafental-Mitte**. Das 2,9 ha große Gebiet liegt zwischen der Metro-Straße und der Hohenzollernallee sowie im Osten entlang der geplanten Verlängerung der Walter-Eucken-Straße (Sackgasse mit Busschleuse). Das bisherige eingeschränkte Gewerbegebiet wird nun als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen und ermöglicht die Errichtung von 350 Wohnungen in 6 bis 8-geschossigen Gebäuden (Teilgebiet 1) bzw. 4-6-geschossigen Gebäuden (Teilgebiet 2). Das

Handlungskonzept Wohnen wird umgesetzt. Eine zweizügige Kindertagesstätte ist als Erweiterung der bestehenden Einrichtung vorgesehen. Zulässig sind der Versorgung des Gebietes dienende Läden, Gaststätten, kirchliche, kulturelle und soziale Einrichtungen sowie nicht störende Gewerbe- und Handwerksbetriebe. 230 Stellplätze werden in vier Tiefgaragen errichtet, Fahrradstellplätze werden oberirdisch und in Tiefgaragen ausgewiesen. Nach Fertigstellung der Infrastruktur soll bis 2020 der Linienverlauf der Buslinie 725 angepasst und eine Busschleuse zum Finger Richtweg eingerichtet werden. Drei Kleinkinderspielplätze mit 790 qm Fläche werden in Pocketparks eingerichtet (gegen Linke);

- einen **städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerb „Blau-grüner-Ring“** und beauftragte die Verwaltung, den Wettbewerb inklusive einer breit angelegten Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Es soll ein Gesamtkonzept einer attraktiven und spürbaren Kultur- und Stadtlandschaft der Zukunft gefunden werden für das Gebiet zwischen Rheinuferpromenade, Rheinterrassen, Malkasten, Graf-Adolf-Platz, Ständehauspark und Rheinkniebrücke. Die kulturellen Einrichtungen und Gartenkunstwerke mit ihren vielfältigen Facetten sollen als Stadtpaziergang erlebbar und wahrnehmbar werden. Die Untersuchung der Verlängerung der Rheinuferpromenade ist ein wesentlicher Meilenstein. Die Kunst- und Kultureinrichtungen sollen stadtstrukturell und freiraumplanerisch miteinander verbunden und übergreifend in einen grünen Ring gefasst werden. Die Öffentlichkeit soll im Rahmen der Parklife-Reihe, durch Online-Beteiligung, eine Bürgerwerkstatt, aufsuchende Beteiligung, Fotoausstellung, Fotorallye auch unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beteiligt werden (Enthaltung Linke).

Da während der Sitzung die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen kann und mir durchaus Fehler unterlaufen können, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen, darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**